

Der Gewerksverein

Centralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementpreis 0,75 RM.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Verfassenden nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung des Verbands- und Bezirks-Vorstände
vom
Centralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Verbandsrat)
Berlin N.O. 5, Greifswalder Straße 221/223.

Verlegen am Ort:
Geschäftsamt, 10 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Preisamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 96.

Berlin, Sonnabend, 2. Dezember 1911.

Dreihundertvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

Eine dankbare Aufgabe für die neugewählten Ausschüsse. — Der Kampf um die Lohnämter. — An der Praxis der Arbeiterversicherung. — Mehr Einkommen, aber weniger Vermögen. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Angelegen.

Eine dankbare Aufgabe für die neugewählten Ausschüsse

Ist die Vorbereitung für das Verbandsorgan, das im Kampfe für unsere gute Sache die beste Waffe ist. Je größer die Zahl der aufgeklärten Kollegen, um so leichter die Agitation! Wer sich tüchtige Mitarbeiter schaffen will, der Sorge vor allem für Verbreitung des „Gewerksverein“!

Immer bestiger werden die Kämpfe mit den zahlreichen Gegnern. Ihre Angriffe können nur dann wirksam pariert werden, wenn man über alle Vorgänge in der Arbeiterbewegung und in der eigenen Organisation gründlich unterrichtet ist. Das kann aber nur der Fall sein, wenn man regelmäßig das Verbandsorgan liest.

Außerdem aber machen auch die Umwälzungen auf dem Gebiete der

Arbeiterversicherung.

die im „Gewerksverein“ besprochen und erörtert werden. Die Lektüre derselben erforderlich. Deshalb muß der bedürftigste Quartalswechsel allen vorwärtsstrebenden Kollegen eine Mahnung sein, unermüdet neue Leser zu werben. Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich 75 Pfg., bei freier Zustellung durch die Post 93 Pfg. Bestellungen nimmt das zuständige Postamt und der Briefträger entgegen.

Der Kampf um die Lohnämter.

Am Mittwoch hat der Reichstag nach dreitägiger Debatte die zweite Lesung des Heimarbeitergesetzes beendet. Wie vorausgesehen war, sind im wesentlichen die Beschlüsse der Kommission vom Plenum des Reichstages bestätigt worden. Damit ist auch die Entscheidung über die Lohnämter gefallen: Sie sind mit überwältigender Mehrheit vom Reichstage abgelehnt worden. Wir behalten es uns vor, auf den Inhalt des Heimarbeitergesetzes näher einzugehen, wenn die dritte Lesung abgeschlossen ist und der Bundesrat, wozu nicht zu zweifeln ist, seine Zustimmung gegeben hat. Für heute nur einige Bemerkungen über den Kampf, der sich um den Kernpunkt des Heimarbeitergesetzes, die Lohnämter, abspielt hat.

Unter Standpunkt zu dieser Frage ist oft und ausführlich genug dargelegt worden: Für uns hat das Heimarbeitergesetz so gut wie gar keinen Wert, wenn nicht Einrichtungen geschaffen werden, die eine Regelung der Lohnfrage gewährleisten. Solche Einrichtungen sind einzig und allein die Lohnämter, nicht aber Fachauschüsse. Unbillig ist es, als wenn für diese Anschauung auch im Reichstage eine Mehrheit vorhanden wäre. In der Kommission zur Beratung des Heimarbeitergesetzes wurden die Lohnämter schließlich nur mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Wäre der sozialdemokratische Abgeordnete Wolfenbühler in der betreffenden Sitzung zugegen gewesen, so hätten die Lohnämter in der Kommission eine Mehrheit ge-

funden, was sicherlich nicht ohne Bedeutung für die Behandlung der Frage im Plenum gewesen wäre. Zimmerlin zeigt aber auch das Abstimmungsergebnis in der Kommission, daß die Aussichten für die Lohnämter keineswegs schlecht waren. Die Regierung freilich hatte mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß für sie Lohnämter unannehmbar seien. Dann kam plötzlich die frohe Botschaft, sie habe ihren grundsätzlich ablehnenden Standpunkt aufgegeben, sie sei für Lohnämter zu haben, eine Nachricht, die aber bald dahin berichtigt wurde, daß die Regierung nur zu Fachauschüssen ihre Zustimmung geben werde. Bald wurde dann auch in der Presse der bereits besprochene Kompromißantrag veröffentlicht, den Vertreter aller bürgerlichen Parteien unterzeichnet hatten, und dessen geistiger Vater der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück ist.

So war die Situation, als die zweite Lesung im Reichstage begann. Die Sozialdemokraten hatten dazu erneuert den Antrag auf Errichtung von Lohnämtern gestellt. Der fortschrittliche Abgeordnete D. R a u m a n n hatte mit einer Anzahl Gesinnungsgenossen in Voraussicht dessen, daß die Lohnämter doch nicht angenommen würden, einen weiteren Antrag eingebracht, daß die Befugnis der in Aussicht genommenen Fachauschüsse auch hinsichtlich der Lohnfrage eine Erweiterung erfahren sollten.

Mit großer Fähigkeit wurde von allen Seiten für die gestellten Forderungen gekämpft. Man merkte es den Rednern an, für wie bedeutsam sie diese Frage hielten. Zweifellos aber hat auch die Nähe der Reichstagswahlen mit dazu beigetragen, daß man sich bei der Begründung seines Standpunktes eines besonderen Eifers befleißigte. Wohl wurde als wichtiges Moment gegen die Lohnämter hier und da angeführt, der Staat dürfe sich nicht in das Lohnverhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter einmischen. In der Saubstade aber beruhte die Gegnerschaft gegen die Lohnämter auf dem Umstande, daß die Regierung ihr Unannehmbar ausgesprochen hatte. Von den Abgeordneten und Arbeiterführern Behrens und Giesberts wurde ausdrücklich betont, daß sie die Lohnämter für das Beste halten, was geschaffen werden könnte. Trotzdem sprachen sie dagegen, weil die Regierung nichts davon wissen will. Hätten alle diejenigen, die ursprünglich Anhänger der Lohnämter waren, ihre frühere Haltung bewahrt, so hätte sich wahrscheinlich im Reichstage eine Mehrheit dafür gefunden. Aber man muß wohl nicht allzu sehr mit dem Herzen dabei gewesen sein, sonst wäre man nicht gar so leicht unzufrieden. Wir können es uns nicht denken, daß angesichts des zum Himmel schreienden Elends der Heimarbeiter die Reichsregierung die Verantwortung für das Scheitern jedes Heimarbeitergesetzes zu übernehmen bereit gewesen wäre.

Es machte wirklich einen eigentümlichen und das Ansehen des Reichstages keineswegs fördernden Eindruck, als die verschiedensten Redner, abgesehen von einigen Ausnahmen, immer und immer wieder ihren ablehnenden Standpunkt mit der Haltung der Regierung motivierten. Dabei steht die Begründung, welche die Regierung für sich ins Feld führte, wirklich auf recht schwachen Füßen. Um den Anhängern seines Kompromisses den Rücken zu stärken, griff der Staatssekretär Dr. Delbrück selbst in die Debatte ein und erklärte noch einmal, daß die Regierung wie von Anfang an, so auch heute noch gegen die Errichtung von Lohnämtern sei. Sie würde ihre Zustimmung zu dem Gesetz verlagen, wenn es in irgend einer Form eine obligatorische

Festsetzung der Löhne unter Mitwirkung der Behörde bringe. Auch er sang das alte Lied, daß in den Arbeitsvertrag, in die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Staat nicht eingreifen dürfe. Der Hinweis auf andere Staaten trafte nicht zu. Im übrigen seien die Schilderungen über das Heimarbeiterelend vielfach übertrieben, was gerade durch die Fachauschüsse am besten bewiesen werden würde. Bemerkenswert aus seinen sonstigen Ausführungen war die Mitteilung, daß die Regierung das Arbeitsfamergesetz, was allerdings schon bekannt war, endgültig hat scheitern lassen und an eine nochmalige Vorlegung vorläufig nicht zu denken ist.

Das Ergebnis der Beratungen war, daß der Kompromißantrag auf Einführung von Fachauschüssen schließlich einstimmig angenommen wurde, nachdem sowohl die Anträge der Sozialdemokraten als auch des Abgeordneten D. R a u m a n n und Genossen abgelehnt worden waren. Zu dieser Kassung also wird das Gesetz zustande kommen. Es bringt gewisse Verbesserungen für die Heimarbeiter mit sich, die aber mit nicht unerheblichen Unkosten für die Heimarbeiter selbst verknüpft sind; so werden wir das traurige Schauspiel erleben, daß die ohnehin so elend entlohnerten Arbeiter, um die Kostaten des Gesetzes zu genießen, einen noch größeren Teil ihres Hungerlohnes darauf verwenden müssen, wenn nicht die Schutzbestimmungen lediglich auf dem Papiere stehen sollen. Worauf es aber in der Hauptsache ankommt, dieser Arbeiterelend ist höheres Einkommen und damit einigermaßen menschenwürdige Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse zu schaffen, das wird durch dieses Gesetz nun und nimmer erreicht. Der bisherige Zustand wird fort-dauern, denn an eine Reform des jetzt beschlossenen Heimarbeitergesetzes ist natürlich in absehbarer Zeit nicht zu denken. Die Hoffnung, daß die Fachauschüsse nur die Vorstufe zu den Lohnämtern bilden, steht auf schwachen Füßen. Die Weihnachtsgabe, die man den Heimarbeitern mit diesem Gesetz besichert hat, ist überaus dürftig, so viel Aufgebens auch von mancher Seite davon gemacht worden ist. Aber so schlecht auch die Aussichten zunächst sind, so werden wir doch den Kampf um die Lohnämter nicht aufgeben. Die Erfahrung wird uns recht geben, daß durch das neugeschaffene Gesetz die Wurzel des Heimarbeiterelends nicht abgeschnitten wird. Die Verhältnisse selbst werden dazu drängen, daß schließlich doch Lohnämter eingeführt werden. Was an uns liegt, diesen Zeitpunkt näher zu rücken, wird geschehen.

□ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

Der Arbeiter L. war in einer Drahtstiftfabrik in Thüringen seit langen Jahren als Arbeiter beschäftigt. Bei dieser mit starker Staubentwicklung verbundenen Beschäftigung war allmählich seine Lunge erkrankt, und der Mann litt an starkem Asthma, so daß er, wenn er eine Treppe hinaufzu- klettern hatte, in der Mitte stehen bleiben mußte, um sich auszurufen. Am 4. Oktober 1909 wurde das Werk wegen Inventuraufnahme stillgelegt, und auch L. mußte sich an den Inventurarbeiten beteiligen. Dazu gehörte u. a., daß Körbe mit Nägeln bis zu über 100 Kilogramm Gewicht auf die Wage gesetzt werden mußten. L. hob mit einem anderen Arbeiter einen solchen Korb von 110 Kilogramm Gewicht auf die Wage und sagte dabei: „Na, das hat aber kein Gewicht“. Abends kam er sehr erschöpft nach Hause und äußerte seiner Frau gegen-

über: „Heute habe ich mir den Rest gegeben“. Trodem ging er am nächsten Morgen wieder zur Arbeit und half weiter bei der Inventur. Er kam abends offenbar erkrankt zurück und wurde von Schüttelfrost befallen. Auch stellte sich in der Nacht Husten ein. Am nächsten Morgen, d. h. am 6. wurde der Arzt geholt, der eine Lungenentzündung feststellte. Er sprach zum Arzt nur von Erkältung, sagte aber nichts darüber, daß er glaube, durch das schwere Leben sei die Krankheit verschuldet. Davon wurde erst einige Tage nachher gesprochen. Am 13. Okt. verstarb L., weil infolge der Lungenentzündung das Herz nicht mehr Kraft genug behielt, um seine Tätigkeit zu verrichten.

Auf Veranlassung des behandelnden Arztes stellten die Hinterbliebenen Ansprüche auf Unfallrente. Der behandelnde Arzt ging nämlich von dem Standpunkte aus, durch das Leben der schweren Last sei der Brustkorb derart zusammengebrochen worden, daß ein Lungengefäß verplatzt sei, und daß diese frische Wunde dem Krankheitskeim Eingang gewährt habe. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Rentenanspruch ab, hauptsächlich deshalb, weil jeder Beweis dafür fehle, daß diese Lungenentzündung durch einen Unfall entstanden sei.

Die Witwe legte Berufung am Schiedsgericht ein. Das Schiedsgericht hielt eine Ortsbefichtigung ab, vernahm eine Reihe Zeugen; auch wurden noch mehrere ärztliche Gutachten eingereicht, die sich gegen den Zusammenhang des Todes mit den Betriebsvorgängen aussprachen. Schließlich unterbreitete das Schiedsgericht das ganze Aktenmaterial dem Prof. Stinzing in Jena. Aus seinem Gutachten mögen einige Sätze hier folgen, da sie wiedergeben, um welche wissenschaftliche Streitfrage es sich handelt:

Der Begriff Konstitutions-Pneumonie (Lungenentzündung, entstanden durch äußere Gewaltwirkung) wird heute weitergefaßt als ebendam. Früher verstand man darunter die sehr seltene Lungenentzündung, die sich infolge einer unmittelbaren Gewaltwirkung auf den Brustkorb von außen (Schlag, Stoß, Preßung) entwickelte. Es kann als erwiesen gelten, daß durch solche äußeren Verletzungen Zerreißungen des Lungengewebes entstehen und ihrerseits die Ansiedelung und Entwicklung des Keimes der Lungenentzündung begünstigen.

In neuerer Zeit hat man als Analogon (Parallelercheinung) zu der an sich sehr seltenen (etwa 1 Proz.) durch äußere s Trauma (Unfall) entstandene Lungenentzündung auch eine solche Form annehmen zu müssen geglaubt, die gewissermaßen durch innere Konstitution hervorgerufen wird. Für diese Art der Entstehung einer Pneumonie (Lungenentzündung) fehlt uns einwachen die wissenschaftlich sichere Grundlage. Ebenfalls hat die Unfallpraxis kaum viel mehr für die Möglichkeit eines solchen Zusammenhanges zuzugeben vermocht. In der Tat muß die Möglichkeit zugegeben werden, daß durch starke Zusammenziehung der Muskeln bei verlockender Stimmung der Inhalt des Brustkorbes unter so hoher Druck gesetzt wird, daß ausnahmsweise einmal Gewebe, insbesondere Blutgefäße in den Lungen zerreißt.

Im weiteren Verlauf seines Gutachtens sprach Herr Prof. Stinzing sich dahin aus, daß ein Zusammenhang zwischen der Betriebsarbeit und der Lungenentzündung seines Erachtens nicht vorliege. Trotzdem sprach das Schiedsgericht den Hinterbliebenen die Rente zu. Es ging von dem Standpunkte aus, daß die Aufhebung des L. sowohl bei der Aufhebung des Korbes als abends zu seiner Frau bewiesen, daß er bei der Betriebsarbeit sich verletzt habe. Damit sei aber der Nachweis für die Entstehung der Lungenentzündung durch Unfall erbracht.

Gegen diese Entscheidung legte die Berufsgenossenschaft Rekurs ein beim Reichsversicherungsamt. Wir versuchten, ein Gutachten von uns freundlich gesinntem Arzten zu erhalten. Sie erklärten aber alle, daß auf Grund der heutigen wissenschaftlichen Erkenntnis niemand dem schiedsgerichtlichen Urteil beistimmen könne. Nachher stellte sich auch das Reichsversicherungsamt auf diesen Boden. Es hob das Urteil des Schiedsgerichts auf und wies den Rentenanspruch der Witwe zurück. Aus dem Urteil mögen folgende Sätze interessieren:

Die Möglichkeit einer inneren Verletzung gewinnt aber nur dann Wahrscheinlichkeit, wenn sofort oder doch sehr bald erkennbare Krankheitserscheinungen auftreten, wie stehende Schmerzen, Atembeschwerden, Hustenreiz, blutiger Auswurf. Keins dieser Anzeichen liegt hier vor. L. hat zunächst weitergearbeitet, auch noch am 5. Oktober 1909, und Bluthusten trat erst am 7. Oktober auf. Hiernach ist ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Betriebsvorgang und der tödlich verlaufenden Lungenentzündung unwahrscheinlich. Es ist vielmehr anzunehmen, daß der seit Jahren an Asthma leidende L. einer infektiösen Lungenentzündung erlegen ist. Demzufolge war die Abweisung des Anspruches auf Hinterbliebenenrente gerechtfertigt und der entsprechende Bescheid der Berufsgenossenschaft wiederherzustellen.

Wehr Einkommen, aber weniger Vermögen.

w. h. Das ist die für unser allgemeines Wirtschaftsleben am meisten charakteristische Tatsache. Sie muß selbstverständlich besonders deutlich in den Großstädten zutage treten. Sehr schlagend zeigt das eine Veranschaulichung des preussischen Statistischen Landesamts, die vor einiger Zeit erschienen ist. Sie unterscheidet die preussischen Städte nach 8 Klassen, deren kleinste die Städte von weniger als 2000 Einwohnern, deren größte diejenigen von mehr als 100 000 Einwohnern umfaßt. Von je 1000 Haushaltungsvorständen und Einzelwirtschaften hatten in diesen verschiedenen Gruppen der Städte:

Größe der Stadt	von über	von über
unter 2 000 Einwohner	390,1	175,5
2 000 bis 5 000	355,6	162,1
5 000 " 10 000	393,1	143,1
10 000 " 20 000	463,5	121,3
20 000 " 30 000	468,9	120,9
30 000 " 50 000	495,0	105,6
50 000 " 100 000	533,0	99,9
über 100 000	567,3	81,1
im Gesamtdurchschnitt	507,1	104,5

Die Aufstellung zeigt, daß die niedrigsten Einkommen von weniger als 900 M. in den kleinsten Städten noch mehr als zwei Drittel aller Einkommen umfassen. Je größer aber die Städte werden, um so mehr tritt die Bedeutung dieser untersten Einkommensschicht zurück. In den Städten von 5-10 000 beträgt sie nur noch zwei Fünftel, in denen von 30-50 000 nur noch die Hälfte aller Einkommen und in den Großstädten über 100 000 Einwohner bleibt sie ganz beträchtlich hinter der der Einkommen von mehr als 900 M. zurück. Sehr interessant ist dabei die Stufenleiter, die von dem Ergebnis in den kleinsten Städten ganz allmählich, ohne jeden Sprung zu demjenigen in den Großstädten hinüberführt.

Genau das Gegenteil ist beim Vermögen der Fall. Hier stehen die kleinsten Städte mit 175,5 Vermögenden auf je 1000 wirtschaftlich Selbständige weit an der Spitze, und dieselbe regelmäßige Stufenleiter führt hier nicht hinauf, sondern hinab zu den Großstädten, die noch nicht einmal halb soviel Vermögende aufweisen. Als Vermögende sind dabei solche anzuzählen, die nach den Abschätzungsergebnissen der preussischen Erbschaftsteuer mehr als 6000 M. Vermögen hatten.

Was beweisen diese Zahlenreihen? Gewiß nicht, daß die kleinen Städte durchschnittlich reicher sind. Denn die großen und ganz großen Vermögen sind bei ihnen naturlicherweise nur spärlich gefast. Hier ist die Großstadt ihnen weit überlegen. Aber sie enthalten einen viel größeren Prozentsatz von Personen mit einem bescheidenen Vermögen, das die Grundlage einer gewissen wirtschaftlichen Selbständigkeit bildet. In den Großstädten überwiegt dagegen mehr und mehr der Typus des vermögenslosen wirtschaftlich Abhängigen, der zwar ein größeres Einkommen, aber eine geringere wirtschaftliche Selbständigkeit hat, der gewissermaßen von der Hand in den Mund lebt.

Diese Entwicklung ist unaufhaltsam. Sie erklärt uns auch die Tatsache, warum die sozialpolitischen Fragen in der großstädtischen Kommunalpolitik eine so wichtige Stellung eingenommen haben. Die wirtschaftlich Unselbständigen müssen notwendigerweise an die städtische Verwaltung andere Forderungen stellen, als die auf der Grundlage eines eigenen, wenn auch bescheidenen Vermögens stehenden. Die letzteren sind gewohnt, sich selbst zu helfen und sie sind auch meist imstande dazu. Wo ihre Anschauungen in der Verwaltung herrschen, wird diese mehr oder weniger eine Politik der Zurückhaltung in wirtschaftlichen und sozialen Fragen befolgen. Wo aber die Masse der wirtschaftlich Abhängigen zum Bewußtsein ihrer Bedeutung und auf Grund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit auch zur ausschlaggebenden Macht gelangt ist, da werden gerade die Fragen der Sozialpolitik und der öffentlichen Wohlfahrtspflege in den Vordergrund treten. Wenn das gerade in der neuesten Zeit so deutlich in die Erscheinung tritt, so liegt das an der rapiden Entwicklung, die die deutschen Großstädte in den letzten Jahren erlebt haben.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 1. Dezember 1911.

Die Zentrale der vereinigten Ortsvereine S. D. Badens, Sitz Mannheim II 4,18, hat an sämtliche badischen Ortsvereine zwei Fragebogen versandt, auf Grund deren Material gesammelt werden soll für eine Statistik über unsere Bewegung in Baden. Auf die Wichtigkeit einer solchen Statistik wird in dem gleichzeitig mit dem Fragebogen verschiekten

Statistik hingewiesen. Dasselbe enthält auch die näheren Anweisungen. Die Ortsvereine aller Parteien in Baden werden ersucht, diese Fragebogen genau und gewissenhaft auszufüllen und zur bestimmten Zeit wieder einzusenden.

Auch müssen diejenigen Ortsvereine, die dauerlicherweise mit ihrem Beitrage noch im Rückstand sind, aufgefordert werden, ihren Verpflichtungen baldmöglichst nachzukommen. Wohl ist die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß die meisten Ortsvereine diesen Pflichten bereits nachgekommen sind. Möge dies Vorbildlich auf die noch säumigen Ortsvereine wirken; denn wir bedürfen der Mitarbeit und gewissenhaften Pflichterfüllung auch des letzten Ortsvereins, um unserer Aufgabe gerecht zu werden.

Der Vorstand der Zentrale hat sich auch an die einzelnen Hauptleitungen gewandt, wozu die Aufklärung über unsere Arbeit und um deren Unterstützung für die Zentrale zu gewinnen. Vor allen Dingen aber ergeht an alle badischen Ortsvereine und Ortsverbände der Ruf: Arbeitet mit an dem guten Werk, unsere Gesamtbewegung in Baden zu fördern. Tut Eure Pflicht!

Neue Beitragsmarken für die Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung treten mit dem 1. Januar 1912 in Kraft. Die Marken, die von diesem Termin an gefordert werden müssen, sind teurer als die früheren. Während bisher die Bodenmarken für die verschiedenen Lohnklassen 14, 20, 24, 30 und 36 Pfg. kosteten, ist ihr Wert jetzt auf 16, 24, 32, 40 und 48 Pfg. erhöht worden. Die Erhöhung macht $\frac{1}{3}$ des Wertes der Marken aus. Es werden auch Marken für 2 Wochen und für 18 Wochen herausgegeben, die natürlich den doppelten bzw. dreizehnfachen Wert haben. Die sogenannten Zusatzmarken für die freiwillige Zusatzversicherung kosten 1 M.

Diese neuen teureren Marken müssen ausschließlich nach dem 1. Januar 1912 verwendet werden. Nur für nachträgliche Beitragsleistungen müssen noch alte Beitragsmarken gefordert werden. Im übrigen verlieren diese ihren Wert wenn sie nicht bis zum 31. Dezember 1913 bei den Markenverkaufsstellen gegen neue Marken umgetauscht werden.

Am Vorabend der Aussperrung. In sechs großen von den Gewerkschaften der Maschinenbauer und Fabrik- und Handarbeiter einberufenen überfüllten Versammlungen wurde am 29. d. M. die gegenwärtige Lage in der Berliner Metallindustrie besprochen. Von den Versammlungen fanden statt: Drei in Berlin und je eine in Oberschöneweide, Tegel und Marienfelde. Die Referenten besprachen zunächst die Stellung des Unternehmertums und schilderten die Entstehung und bisherige Entwicklung des Kampfes, wobei die Aufschaltung der Gewerkschaften bei der Bildung eines Kartells zur Leitung der Bewegung aktenmäßig nachgewiesen wurde. Die im Laufe des 29. November getroffenen Vereinbarungen zwischen Beamten des Metallarbeiterverbandes und einer Unternehmerkommission, die gedruckt vorlagen, wurden erläutert und den anwesenden Formern anbeigegeben, sich dieselben genau anzusehen, um am kommenden Tage bei der allgemeinen Abstimmung orientiert zu sein. Alle leitenden der Hauptleitungen für den Fall der Aussperrung getroffenen Maßnahmen fanden eine einmütige Billigung; es herrschte überhaupt eine ungemein begeisterte Stimmung in allen Versammlungen.

Nachdem alles weitere Geschäftliche und die Diskussion erledigt war, richteten die Referenten einen warmen Appell an die Versammelten, nun mit fester Energie an die Verbände neuer Mitglieber heranzutreten, den Kampf, wenn die Aussperrung Tatsache wird, mit Ruhe und Festigkeit zu führen und nichts ohne Mitwirkung der Hauptleitungen zu unternehmen. Der feste Wille der Mitglieder, selbständig zu handeln, die Gesamtinteressen der Arbeiter dabei zu wahren und in eine lebhafteste Agitation für die Gewerkschaft einzutreten, kam überall einmütig zum Ausdruck. In allen sechs Versammlungen wurde einstimmig nachstehende Resolution angenommen:

„Die heute tagende Gewerkschaftsversammlung erklärt sich mit der Entschiedenheit der Vertrauensmännerversammlung vom 24. 11., betriffs der angebotenen Aussperrung, einverstanden.“

Die Versammelten verpflichten sich, bei der etwa erfolgenden Aussperrung den Anordnungen der Hauptleitung des Gewerkschaftsverbandes nachzukommen.

Weber eine event. Arbeitsunterbrechung der restlichen 40 Prozent müssen die Hauptleitungen von Fall zu Fall entscheiden. Ohne Genehmigung der Hauptleitungen ist kein Gewerkschaftsmitglied berechtigt die Arbeit niederzulegen.“

Arbeiterbewegung. Die Ausberrung in der Berliner Metallindustrie ist zur Tatsache geworden. Am Dienstag haben Einigungsverhandlungen zwischen Vertretern des Metallarbeiterverbandes und einer Kommission der Arbeitgeber stattgefunden. Die dort getroffenen Vereinbarungen sind aber von der Verammlung der Former und Hieherarbeiter abgelehnt worden. Darauf ist die angeordnete Ausberrung erfolgt, allem Anscheine nach aber noch nicht in dem vollen Umfange, wie angekündigt wurde. — Daqaen hat es den Anschein, als wenn in der Berliner Damenkonfektion eine Einigung bevorsteht. Es haben nämlich Verhandlungen zwischen den streitenden Parteien stattgefunden, in denen der Fabrikantenverband erklärte, seine Mitglieder zu verpflichten, daß sie für alle Muster einen Zuschlag bezahlen, der aber nicht auf das einzelne Stück, sondern auf die Gesamtsumme bei der Lohnabnahme aufgeschlagen werden soll. Von diesem Zuschlag soll ein Drittel den Zwischenschleifern und zwei Drittel den Arbeitern zugute kommen. Zur Sicherung der Abmachungen soll eine paritätische Kommission eingesetzt werden. Diejenigen Fabrikanten, die gegen diese Bestimmungen verstoßen, sollen von der Unternehmerorganisation haßbar gemacht werden. Die Verhandlungen werden noch fortgesetzt. — In Magdeburg streiken seit einiger Zeit die Arbeiter in der Hildensbrandmühle. Am Dienstag ist es bedauerlicherweise zu heftigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen gekommen, die dazu führten, daß 30 Arbeiter verhaftet wurden. — Bei der Firma Bechstein in Berlin sind die Flügelmüller wegen Lohnabzüge in den Anstand getreten. — Die Verhandlungen einer in Leipzig tagenden Kommission zur Revision des Tarifs für Druckereiarbeiter sind ergebnislos verlaufen.

Der Streik der Seelen im Saen von Nutmerwen ist durch Abschluß eines Tarifvertrages, der 3 Jahre gilt, beendet worden. Die Forderungen der Arbeiter wurden im weitestlichen bemittelt. — In Paris haben die Automobilpilotenführer den Anstand beschlossen. Es streiken ungefähr 6000 Chauffeure. — Etwa 600 Konfektionssarbeiterinnen der bekannten Firma Cöders in Paris haben wegen einer erheblichen Lohnkürzung die Arbeit eingestellt.

Die Beschimpfung Andersorganisierter als Gelbe bildet eine der schmutzigsten Waffen der Verbände. Auch die sogenannten „Kassisten“, die eigentlich noch radikalere und „zielbewußtere“ sind als die Verbände selbst, führen darüber heftig Beschwerde. In Böhmen als „Gelbe“, bezeichnet man sie ebenfalls als „Gelbe, Streikbrecher oder Schutztruppen der Unternehmer“. Dafür verabschiedet die „Einigkeit“, das Organ der Kassisten, den Verbänden in einer Zuschrift aus dem genannten Orte folgenden Denksatz:

„Es scheint, als will man damit seine eigenen Fehler verdecken und auf andere abwälzen. Das wird diesen guten Leuten aber nicht gelingen. Sehen wir uns doch einmal diese Schimpfungen etwas näher an! Um ihre Interessen besser wahrnehmen zu können, gründen die Unternehmer die Vaterländischen Arbeitervereine, kurz die „Gelben“ genannt. Diese sollen zu gleicher Zeit die Stützen für Iron und Affar abgeben, außerdem aber auch den Sozialismus mit zurückdrängen helfen. Der Zentralverband der Zimmerer, der so sehr auf die Gelben schimpft, hat sich aber nicht getraut, diese Gelben als Vertragskontrahenten anzuerkennen, um nur einen Tarifvertrag unter Dach und Fach zu bringen.“

Die Kontrahenten für den Bezirk Frankfurt a. M. sind nämlich zunächst der Arbeitersverband und einerseits der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, der Christliche Verband und der Bund Vaterländischer Arbeiter andererseits. Eine schöne Koalition. Und diese Leute beschreiben sich, diejenigen für Gelbe zu schimpfen, die von all diesen Arbeitervereinigungen nichts wissen wollen.“

Dieses Spiegelbild möge man den „Genossen“ entgegenhalten, wenn sie sich wieder einmal erdreisten, anständigen Arbeitern die Ehre abzuschnneiden.

Schwere Anklagen gegen die Postbehörde hat vor kurzem der Deutsche Steigerverband erhoben, indem er behauptete, daß durch Indispositionen von Postbeamten der Bekehrverband die Namen solcher Steiger erfahren habe, die wegen ihrer Zugehörigkeit zum Steigerverbande das Verbandsorgan durch die Post erhalten. Trotz der Erklärung der Oberpostdirektion Düsseldorf, daß die angestellten Ermittlungen keinen Anhalt dafür gegeben hätten, daß eine Verletzung des Briefgeheimnisses vorgekommen sei, hält der Steigerverband seine Behauptung aufrecht, daß solche Indispositionen vorgekommen seien. Zum Beweise führt er an, daß z. B. von den Steigern einer Reihe, die Mitglieder des Verbandes

waren, nur diejenigen deshalb von ihren Vorgesetzten zur Rede gestellt worden seien, die die Zeitung von einem Nebenpostamt erhielten, während andere, die vom Hauptpostamt bezogen wurden, unbehelligt blieben. Diese auffällige Tatsache gibt allerdings der Auffassung des Bekehrverbandes recht.

Uebrigens wird seitens der Bergwerksleitungen fortgefahren, das Koalitionsrecht der Angestellten zu beschneiden. Steiger, die sich weigern, aus dem Verbandsausgängen, werden mit Entlassung bedroht. Auf zahlreichem Bekehrungen mußten die Steiger eine Erklärung abgeben, daß sie weder dem Verbandsangehörigen, noch ihn unterstützen und daß sie nicht auf das Verbandsorgan abnormiert sind. Man kann sich denken, daß die Erbitterung unter den Steigern wegen all dieser Vorworte sehr groß ist. Deutlich sprechen auch diese Dinge für die Notwendigkeit einer Reform des Koalitionsrechtes.

Für die Verkürzung der Arbeitszeit spricht sich auch der amtliche Katalog über die deutsche Abteilerung auf der Turiner Weltausstellung aus. In der Einleitung dazu findet sich eine Schilderung des industriellen Aufschwungs des neuen Deutschen Reiches, an dem auch der Arbeiterstand ein hervorragender Anteil zugeschrieben wird. Robend hervorgehoben ist darin der Bildungsdrang, der dem deutschen Arbeiter innewohnt und zu dessen Befriedigung mancherlei Gelegenheiten geschaffen worden sind. Die Folge davon sei, daß die deutsche Industriearbeiterschaft die bestqualifizierten Arbeitskräfte bietet, und dann heißt es:

„Alle diese Einrichtungen (Bildungsgelegenheiten, Veschallen, Volkshochschule usw.) ermöglichen, daß insbesondere dort, wo es sich um Maschinenarbeit handelt, mit größter Intensität probiert werden kann, wie man denn die Erfahrung gemacht hat, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit zum mindesten für qualifizierte Arbeiter nicht etwa einen Rückgang der Produktion, sondern im Gegenteil eine Zunahme derselben im Gefolge hat.“

Es hat immer etwas für sich, wenn derartige Kundgebungen einen amtlichen Charakter tragen. Im Kampfe gegen rückständige Anschauungen liefern sie dadurch eine um so wirklichere Waffe.

Nahrungsmittelvermindern und Teuerung. Bischof Satto von Mainz wurde beauftragt nach einer tief sinnigen Sage trotz seiner Anklage in den festen Turm im Pinger Loch bei lebendigem Leibe von Mäusen gefressen, weil er dem Sauer seiner Mitmenschen widerlich ansehte. Heute ist der Lebensmittelwucher ein ganz routinierendes Geschäft, bei dem man es zu hohen Titeln und Würden bringen kann. Und das Gewicht, das den Wucherer unter Strafe stellt, läßt den Brotwucherer straflos. Ja, wir haben nicht einmal mehr eine Strafbestimmung gegen denjenigen, der vorzüglich Gaben der Natur verdirbt, um höheren Profit zu erzielen. Vor Zeiten wurde so etwas hart bestraft, und die Sage lehrt, daß dies mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes im Einklange stand. Heute erleben wir, daß zur Hochhaltung des Profits menschliche Nahrung ihrer vornehmsten Bestimmung entzogen wird. Wir sahen bereits, daß Seefische, statt auf den Tisch des Arbeiters, in Dampfabricken wandern, wenn die Fischdampfer nicht einen bestimmten Mindestausfuhrpreis erhalten, und wir vernahmen, daß um der Stabilität der Preise willen Kartoffeln um Millionen Centnern in den Lagern verfaulen. Wir kennen auch die Tatsache, daß aus alledem Grund schon ganze Kornthenernten verdirbt wurden. Die Ungeheuerlichkeit solcher Manipulationen fällt in Teuerungsjahren besonders auf. Dann werden auch scharfe Urteile aus Kreisen laut, die sonst solchen Fragen „unwürdig“ gegenüberstehen. So finden wir in der „Wode“ einen bemerkenswerten Aufsatz vom Legationsrat Dr. Alfred Zimmermann, der u. a. folgenden Ratius enthält:

„Anmienielt Behauptungen, daß seitens einzelner Produzenten Waren absichtlich zurückgehalten oder sogar verdirbt würden, um den Preis des Artikels künstlich in die Höhe zu treiben, auf Wahrheit bezuhen, wird noch näherer Untersuchung bedürfen. Derartige Gerüchte lauten ja in Zeiten der Teuerung erfahrungsgemäß immer auf. Daß es in einzelnen Fällen in Oesterreich in Speiseerzeugnissen und Getreideorten vorgekommen ist, daß Erzeugnisse zum Zwecke der Hochhaltung der Preise verdirbt worden sind, hat der Wiener Adokat Dr. Richard Peer allerdings vor einiger Zeit öffentlich dargelegt. Nach seiner Feststellung sind in Wien große Mengen Eier wegen Kündigung der Kühe in die Donau geworfen worden, um einen Teil auf den Preis der frischen Eier zu vermeiden.“

So wird mit den Konsumenten rücksichtslos zübindler getrieben. Unmöglich würden solche Dinge werden, wenn die genossenschaftliche Produktion und Verteilung ardhere Verbreitung hätte.

Arbeitslöhne im russischen Gouvernement Moskau. In der „Soz. Praxis“ veröffentlicht Dr. phil. Elisabeth G o r o w i z interessante Zahlen aus einem Werke des Moskauer Fabrikinspektors Ausminich-Lanin. Die darin geliderteten Lohnverhältnisse sind maßgebend für 740 Fabrikbetriebe mit 234 056 Arbeitern über 15 Jahren. Davon waren Männer 141 108 oder 60,3 Proz. und Frauen 92 948 oder 39,7 Proz. Die Erhebungen wurden unternommen im November, also in demjenigen Monate, in welchem sich die Arbeit selbst und dadurch auch die Arbeitslöhne am normalsten gestalten. In der Textilindustrie verdienen monatlich:

	Männer	Frauen
im Gesamtdurchschnitt rund . . .	42.—	29,70
und zwar in der Leinenindustrie . . .	28.—	18,25
in der Baumwollindustrie . . .	41,60	30,35
in der Wolleindustrie . . .	44,30	29.—
in der Seidenindustrie . . .	41,30	26,50

Noch besser lassen sich die Lohnverhältnisse beurteilen, wenn man die Löhne nach einzelnen Gruppen betrachtet. 30 Proz. der Männer erzielen Monatslöhne von 15—20 Rubeln (rund 32 bis 43 Mk.), 22,5 Proz., der Männer hatten Monatslöhne von 10—15 Rubeln 21,60 bis 32 Mk.), nur 10,7 Proz. erreichten einen Monatslohn von 30 Rubeln (oder etwa 65 Mk.). Von den Frauen brachten es 44 Proz. auf Löhne von 10 bis 15 Rubeln (21,60 bis etwa 32 Mk.), 26,5 Proz. auf Löhne von 15—20 Rubeln (32—43 Mk.), 17,8 Proz. auf Löhne unter 10 Rubel (21,60) und nur 2,6 Proz. erzielen mehr als 25 Rubel (54 Mk.) monatlich.

Trotz dieser ungemein niedrigen Löhne haben die Arbeiter für Wohnung, Kleidung und notwendige Bedarfsgegenstände in Rußland noch höhere Preise zu zahlen als in Deutschland. Auch die Preise für die Lebensmittel steigen von Jahr zu Jahr.

In der Metallindustrie, in der die höchsten Lohnsätze erzielt werden, verdienen die Männer im Durchschnitt annähernd 70 Mk. monatlich, die Frauen, die allerdings nur wenig Verwendung finden, noch nicht einmal 30 Mk. Auf die Gruppe der Löhne über 65 Mk. fallen bei den Männern 49,8 Proz. und auf die Gruppen unter 32 Mk. 10,2 Proz. Diese Zahlen lassen erkennen, daß die Arbeitsverhältnisse in Rußland tatsächlich noch viel ungünstiger sind als bei uns. Denn man darf ohne weiteres aus den Zuständen im Moskauer Gouvernement keine Schlüsse ziehen auf die übrigen Teile des russischen Reiches, in denen die Lohnverhältnisse eher noch schlechter sind als im Moskauer Bezirk.

Als 4.6. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 3. Dezember, nachmittags 5 Uhr in der Urania (Taubenstraße) ein Projektionsvortrag über „Lebende Tierbilder aus Nah und Fern“ von Herrn Prof. Dr. Q. Sed, Direktor des Zoologischen Gartens in Berlin, statt. Außerdem veranstaltet der genannte Verein am gleichen Tage abends 7 Uhr im Bürgeraal des Rathauses als 447. Volksunterhaltung einen Beethoven-Abend, an welchem mitwirken werden: Herr Gustav Ernest (Vortrag am Klavier: „Beethoven und die Frauen“), Frä. Fanny Osfer (Gesang), Herr Jan Trip (Gesang).

Die 4. Volksvorstellung der Generalintendantur der Königl. Schauspiele in dieser Saison findet am Montag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr im Neuen Königl. Operntheater (Kroll) statt. Zur Aufführung gelangt: „Die Entführung aus dem Serail“, Oper von W. A. Mozart. Der Billetverkauf erfolgt wie bisher in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins für Volksunterhaltungen.

Gewerbereins-Zeit.
 8 Augsburg. Um einem schon längst geheuten Wunsch zu entsprechen, hat es der Erlauerbandauschuß unternommen, einen Disziplinilist zu erichten. Am Mittwoch, den 22. November, fand auch die erste Zusammenkunft statt, und hat sich bereits eine stattliche Anzahl von Teilnehmern eingetragen lassen. Leider hat aber auch ein großer Teil Erlauerer trotz Einladungs auch nicht einen Kollegen zum Besuch des schufmattiger der Gewerbevereine Augsburg und Umgebung das unsere Agitationsarbeit zu unterstützen und hauptsächlich die jüngeren Kollegen zum Besuch des Klubs anzuhalten. Uebrigall, wo dies mit der nötigen Energie geschieht, wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. Aber nicht nur junge, sondern auch die älteren Kollegen sollten sich zum Besuch des Klubs melden. Versammlung mit Vortrag jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, im „Wiener Hof“.

